

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 9 98 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
zur Notwendigkeit, der Gewalt
gemeinsam entgegenzutreten:
Jeder Einzelne ist gefordert.

Seite 1

Heidemarie Wiczorek-Zeul
MdB zur Berufung von Man-
fred Kartheer zum Bundesin-
nenminister: Ein Dregger war
schon zuviel.

Seite 3

Carla Bregenzer MdL zur Not-
wendigkeit, den Mißbrauch der
Religionfreiheit zu verhindern:
Die Scientology-Organisation
ins Visier nehmen.

Seite 3

48. Jahrgang / 126

7. Juli 1993

Jeder Einzelne ist gefordert

Zur Notwendigkeit, der Gewalt gemeinsam entgegenzutreten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

An der Welle von Gewalt, die seit geraumer Zeit über Deutschland hinweggeht und die sich vor allem gegen Ausländer richtet, sind Jugendliche in überdurchschnittlichem Maße beteiligt. Von der erschreckend hohen Zahl der Anschläge der letzten beiden Jahre sind rund ein Drittel von jungen Menschen unter einundzwanzig Jahren und rund ein Viertel sogar von Minderjährigen verübt worden. In Kiel stehen wegen der Möliner Morde ein neunzehn- und ein fünfundzwanzigjähriger vor Gericht. In Solingen richtet sich der dringende Verdacht des fünffachen Mordes vor allem gegen einen sechzehn-jährigen.

Das sind bedrückende Tatsachen. Und natürlich muß der Rechtsstaat gegen solche Verbrechen und zum Schutz der Bedrohten alle seine Machtmittel genauso entschlossen einsetzen, wie er das in den siebziger und achtziger Jahren gegen die Terrorakte der RAF getan hat.

Nur, das genügt nicht.

Wir müssen vielmehr der Frage nachgehen, warum in unserer Mitte junge Menschen heranwachsen, die aufs neue rechtsextremistischen Parteien Gehör schenken und solcher Taten fähig sind. Bei manchen mag da die Unübersichtlichkeit eine Rolle spielen, die sich aus den mit der deutschen Einigung einhergehenden Veränderungen vieler Lebensverhältnisse ergibt und mit Angstgefühlen verbindet. Da verführen scheinbar einfache Antworten, die wieder Minderheiten die Schuld an allen Schwierigkeiten aufbürden und diese Minderheiten verteufeln. Verführerisch, zumal, wenn sie - und das tun die Rechtsextremisten - die Anwendung von Gewalt erneut als selbstverständliches Mittel der Politik propagieren. Es ist der Appell an den inneren Schweinehund im Menschen - so hat Kurt Schumacher einmal die Agitationen der Nationalsozialisten charakterisiert -, der hier von Neuem laut wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus V217
53000 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Veränderung
ausserhalb des Postkörpers
Sozialdemokratie



Auch das erklärt indes nicht alles. Ursächlich ist auch, daß unsere Gesellschaft den materiellen Erfolg mehr und mehr verabsolutiert hat. Und daß die Durchsetzung der eigenen Interessen mehr und mehr das solidarische Füreinander-Einstehen in den Hintergrund gedrängt hat. Selbstverwirklichung wurde als Ausleben eines bindungslosen Egoismus mißverstanden. Die Orientierung an Grundwerten - zu denen wir Sozialdemokraten uns ausdrücklich bekennen - verlor ebenso an Gewicht wie die Beachtung gewisser Verhaltensregeln, die zu Unrecht als Sekundärtugenden verspottet wurden. Nicht wenige Politiker haben da miserable Beispiele gegeben.

Dieser Orientierungsverlust ist zudem von den elektronischen Medien gefördert worden, die in ihren Programmen Monat für Monat hunderte von Morden und anderen brutalen Gewalttaten zeigen, als handele es sich um alltägliche Selbstverständlichkeiten. Unsere Gesellschaft zahlt hier einen hohen Preis dafür, daß eine ganz große Koalition von Privatisierungspolitikern das Fernsehen dem Diktat der Einschaltquoten ausgeliefert hat.

Was ist zu tun? Unser Grundsatzprogramm gibt durchaus realistische Antworten. Wir müssen es nur selber lesen und ernst nehmen. Vor allem den Grundwert der Solidarität. Und wir müssen deutlich machen, daß nicht nur die Politik und der Staat gefordert sind, sondern jeder Einzelne in seinem Umfeld. Widersprechen, sich einmischen, nicht wegschauen, von anderen nur verlangen, was man selber zu tun bereit ist - das ist das Gebot der Stunde.

Über 100 Frauen und Männer aus allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen haben inzwischen demgemäß gehandelt und sich zu einem Projekt 'Gegen Vergessen - Für Demokratie'¹ zusammengeschlossen. Dieses Projekt, das dieser Tage von Hanna-Renate Laurien, Friedrich Schorlemmer und mir vor der Pressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wird, will

- das Vermächtnis gegen die NS-Diktatur bewahren und aufarbeiten, indem der Ursprung des Nationalsozialismus und des Faschismus aufgeklärt und deren Strukturen sowie die Opposition, der Widerstand, die Verfolgung und das Exil der Gegner des NS-Regimes dargestellt werden,
- die Opposition, den Widerstand und die Verfolgung im kommunistischen System darstellen und dies mit der Aufklärung über die Entwicklung des Kommunismus verbinden und
- die Auseinandersetzung mit Feindbildern, Rassismus und Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen des politischen Extremismus führen.

Zu diesem Zweck will es mit den bereits bestehenden Initiativen und Zusammenschlüssen zusammenarbeiten.

Dies alles soll gerade jungen Menschen nahegebracht werden und so der Gewaltbereitschaft an der Wurzel entgegenwirken. Es wäre gut, wenn sich viele diesem Projekt anschließen.

(-/7. Juli 1993/rs/fr)

¹ Nähere Informationen und Beitrittsformulare können unter der Anschrift 'Gegen Vergessen - Für Demokratie', Godesberger Allee 139, 53175 Bonn, angefordert werden.

Ein Dregger war schon zuviel

Zur Berufung von Manfred Kanther zum BundesInnenminister

**Von Heidemarie Wlaczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums
Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd**

Ein Hardliner weniger in Hessen - kein Grund zum Aufatmen, im Gegenteil. Der Schaden, den Manfred Kanther bislang vor allem der politischen Kultur eines Bundeslandes zugefügt hat, wird sich potenzieren, wenn einem Mann von seiner Struktur jetzt auch noch das Bundesinnenministerium als Operationsfeld zur Verfügung steht. Das politische und gesellschaftliche Klima droht noch rauher zu werden, bundesweit.

Ein Dregger war schon zuviel - für Hessen wie für die Bundespolitik. Nun einem Zögling seiner nationalkonservativen Denkschule das sensible Aufgabengebiet eines Innenministers anzuvertrauen, signalisiert einen erschreckenden Mangel an politischem Fingerspitzengefühl - oder aber der Beifall von rechtsaußen wird nicht nur in Kauf genommen, sondern ist gewollt. Fatal ist beides.

Angesichts schon fast täglich brennender Flüchtlingshelme braucht dieses Land Persönlichkeiten in Regierungsverantwortung, deren politischer Lebensweg Programm für die Arbeit - an einem Staat der Toleranz, der Menschlichkeit und der Solidarität ist. Es muß Schluß sein mit der Stigmatisierung von Fremden und anderen Minderheiten - einer der Ursachen für die Welle der Gewalt gegen Ausländer in Deutschland. Doch Kanther lehnt die doppelte Staatsbürgerschaft ebenso kompromißlos ab wie das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Da ist er von gnadenloser Konsequenz, hatte er doch auch schon Mitverantwortung für zwei von Kirchen, Gewerkschaften und zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern als schamlos empfundene ausländerfeindliche Wahlkämpfe in Hessen.

Kein Zufall, daß es ihm als CDU-Landeschef schwerfällt, sich von Landtagsabgeordneten aus einer Reihe zu distanzieren, die einen Landesverband des erzkonservativen "Deutschland-Forums" gründen. Kein Zufall auch, daß Kanther Stimmgemeinschaften christdemokratischer Kommunalpolitiker mit REP's und NPD toleriert, im Vogelsbergkreis, in Bad Nauheim und Wölfersheim, in der Lahn-Dill-Gemeinde Ehringhausen zum Beispiel. Alles Grußadressen an den rechten Rand.

Ob es Helmut Kohl gelingt, mit Hilfe eines solchen Innenministers Wähler rechts an die Union zu binden, bleibt allerdings fraglich. Die Erfahrung lehrt, daß so mancher statt rechts lieber gleich rechtsaußen wählt. Schönhuber darf sich freuen.

(-/7. Juli 1993/rs/tr)

Die Scientology-Organisation ins Visier nehmen

Zur Notwendigkeit, den Mißbrauch der Religionsfreiheit zu verhindern

Von Carla Bregenzer MdL

Grundgesetz und Verfassung garantieren die freie Religionsausübung. Wir nehmen diesen Schutz sehr ernst.

Die Scientology-Organisation pervertiert diesen Schutz. Unter der mißbräuchlichen Verwendung des Deckmantels der Religion baut sie ein gigantisches Wirtschaftsunternehmen auf mit dem Ziel, Gesellschaftsstrukturen zu unterwandern und strategische Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft zu besetzen.

Zitat des OT - Gründungskomitee in Stuttgart das ausschließlich aus Selbständigen und Unternehmern besteht: "Wir müssen passendes Personal für die spezifischen Positionen bekommen, um dadurch unmittelbar zu erreichen, daß die Tech auf der Managementebene Eingang findet."

Religionsfreiheit muß dort ein Ende haben, wo eine Gesamtheit in Wort und Tat gegen zentrale Aussagen unserer Verfassung verstößt. Die "Informations"-Kampagnen der Scientologen zeigen:

1. Die Scientology-Organisation verfügt über grenzenlos viel Geld.
2. Die Anweisungen, Hubbard-Kritiker mit lautstarker schwarzer Propaganda einzuschüchtern, werden hemmungslos umgesetzt.
3. Der Scientology-Organisation geht es nicht um freie Religionsausübung, sondern um ungestörte Machtentfaltung.

Die Beobachtung von Scientology (übrigens auch der Moonies) muß bei den Innenministerien angesiedelt werden. Die Kultusministerien sind für diesen Zweck die falschen Adressen.

Überdies brauchen wir auf der Ebene der Länder und des Bundes Arbeitsgruppen mit Fachleuten aus den von Scientology-Machenschaften tangierten Ministerien.

- Tangiert sind Wirtschaftministerien, unter anderem wegen der Vielzahl scientologisch geführter Unternehmen, in denen Mitarbeiter zu Kursen gedrängt werden, aus denen Gelder in Millionenhöhe nach Amerika in die sogenannte Kirche und die Kriegskasse fließen.
- Tangiert sind die Finanzministerien, unter anderem wegen der zunehmenden Fälle von direkter und indirekter Steuerhinterziehung - etwa durch den Abzug der Kosten von teuren Kursen vom Lohn vor der Steuer, die den Verdacht auf eine große Dunkelziffer nahelegen und der Millionen-Transfer nach Amerika.
- Tangiert sind die Sozialministerien, unter anderem weil Scientology-Mitarbeiter in der Regel nicht sozial- und rentenversichert werden und weil Praktiken wie das sogenannte Reingungsrundown und das Auditing als gesundheitsgefährdend und persönlichkeitsverändernd anzusehen sind.
- Tangiert sind die Justizministerien, denn Scientologen gründen Nachhilfeorganisationen, bieten Ferienkurse an und versuchen Schulgründungen.
- Tangiert sind auch die Frauen- und Familienministerien, weil die Organisation sich verstärkt an Kinder heranmacht, um sie mit Gehirnwäschepraktiken zu gefügigen Prospektträgern und Perspektivagenten in Wirtschaft und Industrie auszubilden.
- Tangiert sind aber vor allem die Innenministerien, wegen der faschistoiden Gruppenstruktur, des eigenständigen scientologischen Geheimdienstes und wegen des Verdachts der organisierten Kriminalität sowie der eingangs aufgeworfenen Fragen der Verfassungsmäßigkeit.

Wir müssen zu Handlungsanleitungen und Handlungsanweisungen an die einzelnen Ministerien kommen, die ein gezieltes und konzentriertes Vorgehen gegen die kriminellen Machenschaften der Scientology-Organisation und ihrer Tamorganisationen ermöglichen.

Von besonderer Bedeutung wird es sein, die Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene zu koordinieren und den Informationsaustausch zu organisieren. Die Scientologen können sich immer noch relativ ungestört entfallen, weil sie davon ausgehen können, daß der Hintergrund, auf dem sie arbeiten, von den Verantwortlichen noch immer nicht erkannt wird.

(-7. Juli 1993/rs/tr)
